



Vicherung für Angehörige ist. Er begrüßt die Beteiligung der Versicherungsbranche und beantragt, den Frauen, die sich beteiligen, die einbezogenen Beiträge zurückzugeben.

Hr. Thiel (D. Sp.) weist darauf hin, daß ein Kompromiß notwendig war, wenn überhaupt etwas erreicht werden soll. Der Redner empfiehlt die Einbeziehung aller Angehörigen in die Angehörigenversicherung ohne Rücksicht auf die Höhe ihres Gehalts.

Hr. von Tsch. (S.) lehnt jede Beschneidung der Arbeiter- und Angehörigenversicherung ab. Eine Gehaltsbegrenzung sei notwendig, weil die sozial höher gestellten Angehörigen für sich selber sorgen können.

Hr. Erbsitz (Dem.) erklärt in dem Gesetz einen wesentlichen Fortschritt, eine Versicherung mit der Invalidenversicherung verbunden zu sein. Die herbeigeführte Angleichung beider Versicherungen genüge. Die Zusammenlegung der Versicherungsorgane war richtig. Weiter stehe in dem Entwurf noch zuviel Bürokratie und viel zu wenig Selbstverwaltung. Der Redner stimmt der Aufhebung der Versicherungsorgane bei.

Hr. Dr. Meidenbauer (D. Sp.) spricht sich im Namen der Mehrheit seiner Freunde für die Beibehaltung einer Versicherungsorgane aus. Schon Friedrich Naumann habe gesagt, es sei das gefährlichste für den Staat, den wirtschaftlichen Menschen zu schaffen, der sich um nichts mehr zu sorgen braucht. Arbeitsminister Dr. Brauns bittet dringend, die Gehaltsbegrenzung wieder einzuführen.

Darauf wird die Beratung abgebrochen. Das Haus vertagt sich auf Montag 2 Uhr: Unterbrechung der Ministerien und der Sozialisten gegen das Verbot der Rheinlandkommission, das Urteil gegen Smets zu vollstrecken. Befolgungsvorlage, Gütersteuervorlage, Angehörigenversicherung.

Preussischer Landtag.

Berlin, 20. Oktober. Im preussischen Landtag war heute wieder sogenannter Großkampf. Allerdings war das Haus und die Tribüne nicht so stark besetzt, wie gestern. Die Spannung aber, wie sich Minister und Gegner gegen die heftigen Angriffe verhielten, wurde, war deshalb nicht geringer. Es handelte sich heute um die Besprechung der großen Vorlage über die Vergütung im Justiz-Buch vom Sonntag auf die Tagesordnung, und man wußte, daß der Minister als erster Redner das Wort nehmen werde. Er gab die Angriffe nach rechts und links zurück. Die Kommunisten mit ihren Terrorreden sind, so behauptete er, am wenigsten geeignet, als Schlichter der Meinungsverschiedenheiten. Ganz so harmlos, wie sie es hinstellen, war die Demonstration doch nicht. Zum Beweis legte er dem Hause Briefe und andere Dinge vor, die verbotenen Kommunisten abgenommen worden waren. Kein Wunder, wenn Beamte, die mit zu solchen unangehörigen Schreien verurteilt worden waren, sich nicht mehr schrecken ließen und aus der Reihe tanzten. Das ganze Verhalten der Kommunisten sei weiter nichts, als das so bekante „Verdrängung der Revolution“. Auch der „Bund für Freiheit und Ordnung“ nahm Minister Seegering unter die kritische Lupe. Schließlich wandte er sich gegen eine neue Gründung, die deutsche Freiheitspartei, die letzten Endes nichts anderes bedeute, als ein Wiederleben der aufgelösten Selbstbehauptungsorganisationen. Aus den Reden des Ministeriums Seegering ging hervor, daß er mit seinem Parteifreund Richter, nicht einig sei. Er hätte früher aussprechen müssen, so meinte Seegering. Der Minister kündigte dann weitere strenge polizeiliche Maßnahmen an. Als der Minister seine Rede als zweistündige Rede schloß, wurde der Abg. Kapp (Komm.) darauf ausfällig gegen ihn, daß der Präsident ihm mit den schärfsten parlamentarischen Mitteln drücken müßte. Hier begann das Interesse des Hauses zu erlahmen. Es sprachen noch vor fast leeren Bänken für das Zentrum der Abg. Gertz, für die Demokraten Abg. Jansen, für die Sozialdemokraten Abg. Orff, für die Deutschen Abg. Kappeler, für die Deutsche Volkspartei von Kardorff und für die Kommunisten Schulz-Knecht.

Berlin, 21. Oktober. Im preussischen Landtag gab es zu Wochenanfang noch eine kleine Kachle über die Vergütung des Justiz-Buchs. Bei der Abstimmung über die kommunalistischen Entwürfe auf sofortige Entlassung des Berliner Polizeipräsidenten Richter, auf sofortige Entlassung und Entschädigung der festgenommenen Arbeiter und Arbeiterinnen und sofortige Schaffung von demontierten Arbeiterwohnstätten aus freigemeinnützigen Arbeiterwohnungen, die nur die Kommunisten. Auch der Antrag auf sofortige Auflösung und Entlassung des Bundes der Freiheit und Ordnung, wie aller anderen ähnlichen Organisationen wurde abgelehnt. Nach anschließender Aussprache über einen Antrag auf Verhängung der Gütersteuervorlage und zur Beschaffung von Wohnungsmitteln, unterhielt sich das Haus über die Not der Presse, die bereits am Donnerstagabend der Gegenstand einer eingehenden Ausschussberatung gewesen war. Wie in dieser, so erwarteten auch hier die Abgeordneten Barthel (Soc.), Becker (Zent.), Buchhorn (D. Sp.), Richter (Dem.) und Dr. Scherwin (Hr.) ein treffendes Bild von der schweren Lage der Zeitungen und Zeitungsbesitzer, während der Kommunisten Schöler hier wieder den Verdruss der kapitalistischen Staatsform leben wollte. Man nahm schließlich die vom Ausschuss vorgeschlagenen und vorbereiteten Vorläufe im wesentlichen an, um dann noch in eine Aussprache zu der großen Vorlage der Deutschen Volkspartei über den Verkauf von deutschen Hausbesitz in den Gemeinden, namentlich in den Grenzorten, durch Ausländer einzutreten. Der Abg. Stabenrauch, der Sozialdemokrat und Deutschnationaler, sprach zu einer Interpellation gegenüber dem Minister. Die erste gab ihrer Verwunderung darüber Ausdruck, daß der in den Kathenaprosch verurteilte Gemeindeführer Stabenrauch noch immer Privatrecht des staatlichen Realgüterbesitzes in Anspruch nehmen, während die Deutschnationalen das Verhalten des ehemaligen Reichstagsabgeordneten als Beispiel im Kathenaprosch traktierten, wurde von der Tagesordnung abgesetzt und wird voraussichtlich erst am Dienstag zur Beratung kommen.

Sages-Rundschau.

Verhaftung Schneitkriegsbeschädigter.
Dem Reichsarbeitsministerium ist dem Reichsrat ein Entwurf zu einer Novelle zum Gesetz über die Beschäftigung der Schneitkriegsbeschädigten vorgelegt worden. Durch die Novelle wird dem Reichsarbeitsminister die Erlaubnis erteilt, festzusetzen, wie viel Prozent Schneitkriegsbeschädigte in den einzelnen Arbeitergruppen beschäftigt werden können. Will er über die vorgeschriebenen 2 Prozent hinausgehen, so bedarf er

der Zustimmung des Reichsrates und des Reichsarbeitsrates. Eine Kündigung von Schneitkriegsbeschädigten kann nur mit Zustimmung der Arbeitgeber erfolgen.

Zu den Attentats-Plänen gegen den Reichstanzler.

Berlin, 20. Oktober. Im Verlaufe der Reichstagsberatung machte heute Reichstagspräsident Lohde anlässlich seiner Mahnung zur ruhigen unparteiischen Führung der Debatte, die Mitteilung, daß aufgrund amtlicher Benachrichtigung brandende Maßnahmen zum Schutze des Reichstanzlers im Reichstag notwendig geworden seien.

Berlin, 21. Oktober. In Ergänzung der Mitteilungen in der gestrigen Sitzung des Reichstages über Attentatspläne gegen den Reichstanzler teilt eine sozialistische Korrespondenz mit: Durch Zufall ist die Polizeibehörde auf die Spur mehrerer Attentatspläne gegen den Reichstanzler gekommen. Eine jugendliche Person war von Hyphen, die den Anführern des Reichstages gegen Rathenau nachzögen, für hohes Geld erstanden worden, den Reichstanzler zu ermorden. Gewissensbisse haben den jungen Menschen veranlaßt, von der Ausführung des Planes Abstand zu nehmen und über die Vorbereitungen der Polizei Mitteilung zu machen. Er wurde darauf in Haft genommen und machte Auskünfte, die die Polizei auf neue Fährten leiteten. — Nach einer Mitteilung des „Berl. Tageblatts“ ist die Verhaftung im Abendland erfolgt. Der Verhaftete soll nach Berlin übergeführt werden. Eine weitere von der Polizei verfolgte Spur soll nach Berlin weisen.

Wie das „Berliner Tageblatt“ hört, besteht die Absicht, künftig jeden Besucher des Reichstages beim Betreten des Gebäudes auf Waffen zu untersuchen. Dazu erfährt das „B. T.“ von unrichtiger Seite: Der Reichsregierung gingen in den letzten Tagen konkrete Mitteilungen über Anschläge zu, die sich gegen das Leben des Reichstanzlers richteten. Weitere Aufklärungen können vorerst im Interesse der eingeleiteten Untersuchung nicht gemacht werden. Im übrigen sind plötzlichen von den beteiligten Stellen umfassende Maßnahmen getroffen worden, um die Sicherheit des Reichstanzlers zu verbürgen.

Zur Getreideumlage.

Ab Berlin, 20. Oktober. Der oekonomisch-wirtschaftliche Ausschuss des Reichstages hat dem Gesetz über die Regelung des Getreides mit Getreide u. a. einen Antrag (Rum. (Hr.) angenommen, wonach der Preis für das erste Drittel der Getreideumlage nach dem am 25. Proz. ermäßigten Durchschnitts-Preis der Getreide in den Monaten September und Oktober errechnet werden soll. Für die Umlage werden nach dem Ablauftermin für das erste Drittel (31. Oktober) anfangs zweier Vierteljahre der Preis für Getreide festgesetzt, nämlich der 31. Dezember des J. 31. Januar, der 31. Februar und der 15. April 1922. — Ferner nahm der Ausschuss einen Zusatzantrag an, wonach Paragraph 1 des Gesetzes vom 1. Juli 1922 folgendermaßen abzuändern werden soll: Die Reichsregierung wird ermächtigt, die Umlagemenge entsprechend herabzusetzen, wenn nach dem Ergebnis der Feststellung der Ernteerträge eine Verringerung der Umlagemenge von 2 1/2 Millionen Tonnen nicht möglich erscheint.

Das Urteil im Münchener Landesverwaltungsprozeß.

München, 20. Oktober. In dem Münchener Landesverwaltungsprozeß wurde heute das Urteil verkündet. Der Angeklagte Redenbach wurde wegen eines Verstoßes des vollendeten Landesverrats und wegen eines Verstoßes des verurteilten Landesverrats zu 11 Jahren Zuchthaus, der Angeklagte Dr. Gargus zu 12 Jahren Zuchthaus und der Angeklagte Redenbach zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt. Bei Redenbach und Gargus wurden zwei Monate der Untersuchungshaft, bei Redenbach ein Monat angesetzt. Samtlichen Angeklagten wurden die bürgerlichen Ehrenrechte auf 10 Jahre aberkannt.

Ab München, 21. Oktober. In der Urteilsbegründung im Prozeß Redenbach, die unter teilweisem Ausschluss der Öffentlichkeit stattfand, wurde die Schuldfrage bezüglich des Falles Erzberger-Bergeroffenlegung des Kriegsmemorandums einstimmig verneint, dagegen wurde die Schuldfrage bezüglich des Falles Erzberger-Bergeroffenlegung des Kriegsmemorandums einstimmig bejaht. Die Freisprechung Gargus' einstimmig bejaht. Die Freisprechung Redenbachs bezüglich des Falles Erzberger-Bergeroffenlegung durch Redenbach im Ausland nicht mehr geheim war. Dagegen war das Urteil-Telegramm im Inlande und Auslande eine unbefangene Sache, deren Veröffentlichung den Interessen des Deutschen Reiches schädlich sein konnte.

Deutschlands Verarmung schreitet fort.

Eine Auswertung des Reichstanzlers.
„Morning Post“ meldet aus Berlin: Der Reichstanzler habe in einem Gespräch mit dem englischen Botschafter die deutsche Gesamtlage als sehr ernst bezeichnet. Die Verarmung des Volkes schreite trotz industrieller Scheinblüte schnell fort und der Tag sei nicht mehr fern, wo Deutschland nicht mehr erfüllen könne.

Ein Aufruf.

Hamburg. Ein Kreis namhafter Hamburger Persönlichkeiten aus allen Parteien veröffentlicht in der Hamburger Presse einen Aufruf an die Bürger, in dem es heißt:

Führende Männer verfallen dem Weichelmord, der Befehlshaber, weil ihre Abkammerung, ihre Parteirückbildung, die ihnen vorhergehenden Anzeichen jenseits, Republikaner und Monarchisten bekämpfen sich in Form, die einen grossen Teil des Volkstums verraten. Jeder arbeite, daß das Volk, das unter Volk zerfällt, ausgemerzt werde! Wer dublet, daß in seinem Hause, in Kirche und Schule, in der Öffentlichkeit verfallendem Volk das Wort gerufen wird, der ist mit Schuld an den furchtbaren Taten, die vor der Welt Deutschland in den Staub ziehen. Schließt Euch zusammen alle, die Ihr im Herzen die deutsche Schicksalswende erhebt! Arbeitet mit uns an der Erneuerung Deutschlands, in dem Bewußtsein, der allein keiner Vergangenheit, seiner Zukunft würdig ist!

Ein Brief August Thyssen an den Reichskanzler.

Einen Einblick in die trostlose Zeit bildet das Verhalten unserer Industrieführer. Sinnes und Willens sind der letzten Überzeugung, daß wir uns trotz aller Schwierigkeiten wieder hochheben werden, und auch der alte Thyssen hat die Hoffnung auf

eine Rettung nicht aufgegeben. August Thyssen hat an den Reichskanzler unter dem 14. Oktober aus Mülheim einen Brief geschrieben, aus dem die Hauptgedanken hier wiedergegeben seien:

Sehr geehrter Herr! Ich habe seit Beendigung des unglücklichen Krieges verflochten, und anhaltend allmählich eine Besserung wahrzunehmen, müssen wir feststellen, daß wir von Tag zu Tag tiefer ins Elend geraten. Gewiß, die Hauptursache hieran trägt der unerfüllbare Diktatortrag von Versailles. Einen sehr großen Teil der Schuld müssen wir uns aber selbst zuschreiben. Das Unglückliche, das uns die Revolution bringen konnte, ist die unterschiedslose Einführung des Achtstundentages für alle Arbeiter und Angestellten gewesen, weil dadurch die Arbeitsleistung und damit die Produktion gewaltig vermindert wurden. Mehr als es produziert, hat ein Volk aber nicht zu verbrauchen. Wenn es darüber hinaus, so ist es vom Kapital, wie es tatsächlich bei uns in erschreckendem Maße geschieht. Dieser Zustand läßt sich aber nur kurze Zeit aufrecht erhalten, dann muß der Zusammenbruch kommen. Wenn man uns nur eine größere Gütererzeugung. Um diese zu erreichen, müssen wir eine größere Arbeitsleistung erzielen, die ihrerseits nur durch eine Verlängerung der Arbeitszeit zu erlangen ist. Die dadurch mögliche Steigerung des ganzen Lebensstandes wird auch bei den Arbeitern und Angestellten die frühere Arbeitsproduktivität zurückgehen lassen. Wir die kleinen Mittel, die erlangen werden zur Besserung der Lage, Einfuhrverbot, Wiedereinführung von Zöllen, Wirtschaftsanstalten usw., können uns nicht helfen. Wenn aber die Erzeugung der Industrie steigt, wird die der Landwirtschaft automatisch folgen, und die Einfuhr von Lebensmitteln kann eingeschränkt werden. Nur hierdurch ist es möglich, unsere Handelsbilanz offen zu erhalten und damit die Balance zu heben. Ich las dieser Tage in der Zeitung, daß das französische Ministerium die Aufhebung des Achtstundentages beabsichtigt hat. Das wird in Frankreich nur den Anfang bedeuten. In Belgien sind meines Wissens schon seit längerem Bestrebungen auf Wiedereinführung der alten Arbeitszeit im Gange. Amerika hat den Achtstundentag überhaupt nicht eingeführt. Doch wir, die wir die Arbeit am allerwenigsten haben, deshalb nicht länger können leisten, wieder zur alten Arbeitszeit zurückkehren, ist für mich unumkehrliche Überzeugung. Wie lange das Ausland unsere Papiermark nach in Zahlung nehmen wird, weiß ich nicht. Tatsächlich beabsichtigen wir dann nur durch Steigerung von Waren, wiederum aus dem Arbeitskreis der Ausfuhr nach jeder Richtung hin von der Regierung erleichtert und gefördert werden, anstatt sie durch hohe Ausgaben zu behindern und schließlich unmöglich zu machen. Doch es ohne Kampf nicht abgeben kann, darüber bin ich mir klar. Aber wir müssen den Kampf einmal durchsetzen, und je eher es geschieht, um so mehr können wir noch retten. Es handelt sich um ein Sein oder Nichtsein. Die Waise des Volkes muß — notfalls durch ihre eigenen Widerstände — vor dem vollständigen Ruin geschützt werden. An Sie, hochverehrter Herr Reichskanzler, richte ich den ersten Appell, sich an die Spitze der Bewegung für die Wiedereinführung einer verlängerten Arbeitszeit zu setzen, damit wir unser Volk und Vaterland vor dem Untergang bewahren. Wo ein Wille da ist auch ein Weg!

Die französische Denkschrift.

Ab Paris, 21. Oktober. Barthou überreichte gestern nachmittag dem Reparationsausschuß im Namen der französischen Delegation eine Denkschrift, die im Laufe des Abends veröffentlicht werden sollte.

Im Gegensatz zu der Anregung Barthous ist die französische Delegation — wie Novus berichtet — nicht der Meinung, daß ein Reparationsantrag Deutschlands für 1923/24 vorgelegt werden und ein solcher Antrag vorangetrieben werden müsse. Außerdem könne ein derartiges Memorandum nicht gewährt werden, ohne daß Länder genannt würden. Ferner seien die Reparationen und die Wiedereherstellung gesunder Finanzverhältnisse bei den Kriegführenden eng miteinander und mit der Frage der internationalen Schulden verbundene Probleme. Keines dieser Probleme könne allein zu zufriedenstellender und einseitiger Weise geregelt werden. Die Alliierten seien dieser Ansicht gewesen, als sie dem Reparationsantrag eine internationale Konferenz zur Regelung aller dieser Fragen zugestimmt hätten. Der Reparationsausschuß wolle daher nichts unternehmen, was die Gefahr mit sich bringe, dieser Konferenz vorgreifen, sie zu verzögern oder ihren Erfolg zu heilen. Es sei lediglich seine Sache, die Ausführung seiner eigenen Empfehlung durchzuführen, die Lage Deutschlands zu prüfen, die sehr ernst sei infolge der fortgeschrittenen und fortwährenden Vernichtung des deutschen Regierungskredits und des katastrophalen Sturzes der Mark.

Die französische Denkschrift weist auf den aufstossenden Gegensatz hin, der zwischen dem finanziellen Zusammenbruch des Deutschen Reiches und dem Wohlstand der deutschen Industrie besteht, deren Gewinn beträchtlich sei. Deutschland sei von der Arbeitslosigkeit verheert, seine Industrie lasse ihre Gewinne nach dem Auslande überweisen, wodurch die Verarmung des Landes verschärft werde und sie jenseits aus der Entwertung der Mark. Japan, um ihre Längigkeit zu erhöhen. Die Denkschrift bemerkt ferner, der Abzug des Kassaschatts treibe täglich mehr in Erscheinung, der wirtschaftliche Wert der Einnahmen gehe zurück und die Ausgaben wüchsen maßlos. Es sei keine Rede von neuen Steuern. Die Justiz sei eine der größten Sorgen der Regierung als das einzige Mittel. Die Mark sei so tief gefallen, daß trotz eines Geldumlaufs von 30 Milliarden die Kaufkraft der Masse des Volkes der Goldreserve der Reichsbank parallel sei. Das tatsächliche Kapital sei intakt. Wenn jedoch ernsthafte Maßnahmen auf sich warten ließen, so werde Deutschland seinen Ruin vor der Welt erklären. Die Denkschrift weist darauf hin, daß Frankreich im August seine Absichten in London in dieser Hinsicht zu Kenntnis gebracht habe. Es erhoffe viel von der nächsten Konferenz, könne aber nicht der Entlassung Deutschlands von den Reparationen zustimmen, die die Last des Wiederaufbaus der zerstörten Gebiete auf es selbst zurückfallen ließen. Es könne nicht der Auffassung einer vollständigen, wenn auch nur augenblicklichen Zahlungsunfähigkeit eines Landes zustimmen, das keine erworbenen Reichtümer, keine materiellen Produktionsmittel und keine Lebenskraft verlor.

Die Erfahrung mit den Zahlungsschwächen sei negativ ausgefallen, da sie bewiesen habe, daß es unmöglich sei, mit dem guten Willen Deutschlands zur Beilegung der unerfüllbaren Verbindlichkeiten zu rechnen. Andere Maßnahmen seien daher notwendig, um den deutschen Haushalt auszugleichen, die weitere Inflation zu verkleinern und die Mark zu stabilisieren. Die französische Delegation schlage daher eine strenge Kontrolle des Haushalts des Deutschen Reiches und der deutschen Staaten vor. Dieses Aufsichtswort müsse auch das Recht umfassen, gewisse Ausgaben zu beschränken, zu kürzen oder aufzuschieben und eine Erhöhung der Einnahmen durchzuführen. Dieses Programm müsse ausdrücklich aufgestellt werden. Die

französische Delegation schlage daher vor: 1. Der Reparationsausschuß solle von der deutschen Regierung gewisse bestimmte Maßnahmen fordern oder sie anbieten. 2. Der Ausschuss solle nach Berlin versetzt werden, um die Verhandlungen zu erleichtern, daß seine Tätigkeit wirksam wird. 3. Maßnahmen über die Kontrolle der Einnahmen und Ausgaben und über die Unterbrechung der Kapitalflucht werden unterzogen. 4. Der Kontrollorganismus wird die Verpflichtung und das Recht haben, darüber alle Einzelheiten der Finanzgebarung des Reiches und der Einzelstaaten zu kennen. Er wird alle Mittel der Nachforschung anwenden und das Mindestmaß der zu erzielenden Einnahmen und das Maximum der erlaubten Ausgaben festlegen können. Er wird das Recht haben, unangebrochene Ausgaben zu verbieten. Wenn die deutsche Regierung sich nicht den Bedingungen des Kontrollorganismus fügt, so wird dieser Recht sofort in den nächsten Monaten geltend machen. 5. Anteile des Reiches und der Länder müssen von dem Kontrollorganismus bewilligt und direkt beim Publikum untergebracht werden. Die Unterbrechung von Schatzanweisungen bei der Reichsbank wird streng verboten. Die französische Delegation ist der Ansicht, daß man der Reparationskommission nicht das Recht freilassen kann, diese Maßnahmen mit der deutschen Regierung zu besprechen, festzusetzen und durchzuführen. Die Gläubigerstaaten beabsichtigen andere Mittel, um die Zahlung der Reparationen zu erzwingen. Wenn die Budgetgesetze und die Aufhebung der Inflation ihre Wirkung gezeigt hätte, würden die Kapitalisten wieder zurückkehren, der Ausgleich würde wieder hergestellt und es würde möglich sein, zu einer Währungsreform zu schreiten, die schon jetzt vorbereitet werden mußte. Die nötigen Geldreserven würden in erster Linie in dem gegenwärtigen Metallbestand der Reichsbank bestehen. Um die im Publikum untergebrachten 75 Milliarden Schatzscheine zu bezahlen und die laufenden Kreditverpflichtungen von 85 Milliarden zu bezahlen, könnte die Reichsbank 100 Milliarden ausgeben.

Das Programm der neuen englischen Regierung.

Paris, 23. Oktober. Aus London wird gemeldet: Nach der „Evening Standard“ läßt sich das Programm der neuen englischen Regierung in folgenden Punkten zusammenfassen:

1. Geringere Teilnahme an den kontinentalen Angelegenheiten.
2. Freundschaft und Bündnis mit Frankreich als Grundlage der kontinentalen Politik.
3. Weniger Unternehmungen in fernen Ländern vor allem im Orient.
4. Entwicklung der überseeischen Märkte, insbesondere in den Dominions und Kolonien.
5. Rückkehr zur Überlieferung der Regierungsbildung und Verfassung.
6. Entlohnung und Unterstützung gewisser Ministerien.
7. Wiederherstellung der parlamentarischen Kontrolle über die Ausgaben.
8. Herabsetzung der Steuern, besonders der Einkommensteuer.

England und Barhous Vorläufe.

London, 20. Oktober. Barhous Vorläufe gelten als ganz unmöglich. Ihre Verwirklichung würde, so meint man, die Übernahme der deutschen Regierung durch die Verbündeten bedeuten und die schlimmsten finanziellen Folgen für ganz Europa mit sich bringen. Barhous würde ihre Annahme mit keinem Ministerrat beabsichtigen.

Paris, 22. Oktober. In der gestrigen offiziellen Aussprache der Reparationskommission über die Denkschrift des Herrn Barthou, hat der englische Vertreter Sir John Bradburn die französischen Vorläufe von Anfang bis Ende verurteilt. Eine seiner Hauptbedenken war, daß der Vorläuf gegen Artikel 7 des Zahlungsplanes von 1921 und gegen denjenigen Artikel des Versailler Vertrags verstoße, der es der Reparationskommission verleiht, in die Verwaltung Deutschlands einzutreten. Bradburn äußerte außerdem Zweifel an der Wirksamkeit der vorgeschlagenen Finanzkontrolle. Der „Echo de Paris“ glaubt danach, daß der britische Delegierte für den französischen Standpunkt nicht zu haben sein werde. Dagegen sollen wie aus anderen Quellen verlautet, die belgische und italienische Delegation sich den französischen Vorläufen anschließen.

Ab London, 21. Oktober. Die Reise Lord Georges nach Berlin, wo er Samstag sprach, gilt einem Triumphzug. Wederall, wo der Zug anhielt, wurde Lord George von der Bevölkerung umarmt, die den früheren Premierminister begrüßte. Auf dem Bahnhof von Berlin erklärte Lord George in einer Ansprache, die Hauptziele der Reparationskommission hätten den Verhandlungen hingeworfen. Er beabsichtige, den Kampf zu führen für die Interessen des Landes im Gegensatz zu dem Interesse der nationalistischen Parteien. Lord George forderte die Wähler auf, ihn dabei zu unterstützen.

Kleine Mitteilungen.

Neue Kohlenforderungen Frankreichs. Frankreich hat seine Kohlenforderungen von bisher 1,6 Millionen auf 1,825 Millionen Tonnen erhöht. Dazu kommen aber noch 125 000 Tonnen Steinkohlen aus belgisch-österreichischen, insgesamt also 1,945 Millionen monatlich.

Berlin, 23. Oktober. Zum Geburtstag der verstorbenen Kaiserin Augusta Viktoria wurden gestern im Klinken Tempel des Sanssouci-Parkes zahlreiche Kränze niedergelegt. So auch von der früheren Kronprinzessin Cecilie. Auch die Prinzessin Hermine von Schönaich-Carolath hatte einen Kranz geschickt.

Eine Einladung Lord Georges nach Amerika. Nach amerikanischen Blättern hat Davis, der Sekretär der amerikanischen Arbeiterpartei, Lord George zu einem Besuch in Amerika eingeladen. Davis ist geborener Wähler und ein intimer Freund des ehemaligen Ministerpräsidenten.

Sach Treib. Die russische Sach Treib, in der Nähe von Petersburg, ist von dem Bezirksamt auf seine Ehren des russischen Kriegskommissars umgetauft worden. Sie trägt jetzt den Namen des Bolschewistenführers Trotski.

Neuwahlen in England am 18. November. Aus London wird telegraphisch gemeldet, daß die Neuwahlen neuer Parlamentswahlen am 30. Oktober erfolgen wird. Die Ernennung der Wahlkandidaten wurde demnach am 8. November zu geschahen haben und die Wahl wurde am 18. November stattfinden. New York. Präsident Harding erwähnte kürzlich in einem Schreiben, daß er angesehen Amerika davon sei, daß Amerika mit dem großen deutschen Heilmittel wieder in Frieden lebe, und machte die Hoffnung ausdrücken, daß die demokratische Bewegung Deutschlands die Segnungen des dauernden Friedens und Wohlbefindens bringe, die die ganze Welt jetzt brauche.

Welchen Fall gestellt waren. Der Schnellzug befand sich aber schon 100 Meter am Güterzug und fuhr mit einer Geschwindigkeit von 80 Kilometer. Der Zusammenstoß war furchtbar. Die Schnellzugsmotoren wurden fast zerstört und zwei Dritte-Klasse-Wagen vollständig zertrümmert. Die Verletzten wurden nach den Lazaretten in Colmar und Ruffach überführt. Die Toten wurden vorläufig in Wagen erster Klasse untergebracht. Die sofort aufgenommenen Räumungsarbeiten gestalteten, den Verkehr um 7.20 Uhr wieder aufzunehmen. Durch die eingeleitete Untersuchung wurde festgestellt, daß die falsche Weichenstellung auf die Nachlässigkeit des Weichenstellers hinführen dürfte.

Paris, 22. Oktober. Nach einem Bericht des „Anticommunisten“ aus Cherbourg soll der aus dem letzten Kriege bekannte deutsche Kreuzer „Emden“ in Cherbourg verbleibend verbleibt werden.

Paris, 23. Oktober. Nach der „Chicago Tribune“ hat der Befehl des amerikanischen Postchefs Herrick bei Polanco am Sonntag und die lange Unterredung, die er mit ihm hatte, in gewissen Kreisen einige Ueberraschung hervorgerufen. Es versichert jedoch, daß Polanco mit Herrick über die Zurückberufung der amerikanischen Truppen am Rhein zu sprechen gewillt habe.

Paris, 23. Oktober. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus New York sind gestern bei einem Brande in einem Hause an der Ecke der Lexington-Avenue und der 110. Straße 14 Personen umgekommen und 20 verletzt worden.

Letzte Nachrichten.

Die Räumung Thrazien. Athen, 23. Oktober. Hyos. Die Räumung Thrazien geht unter seinen tragischen Verwicklungen vor sich. Trotz aller Bemühungen der Behörden weigert sich die Bevölkerung, in Thrazien zu bleiben.

Dollar 4430.

Der Dollar, der in New York am Freitagabend eine Parität von 4000 Mark erreicht hatte, wurde am Sonntag am Berliner Devisenmarkt mit 4430 bezahlt. Zu den bisherigen Ursachen der Währungsnotlage in England hinzutreten, die man anfangs als den auswärtigen Börsenplätzen als nicht günstig für den Stand der Reparationsverhandlungen ansah. Dazu kommen die Befürchtungen innerer Wirren in Deutschland, die durch den vereitelten Mordanschlag auf den Reichskanzler sowie durch die Vermutung weiterer politischer Attentate neue Nahrung erhalten. Zu berücksichtigen ist, daß der New Yorker Notierung von 0,02 1/2 Cts. 1/4 U. nur eine geringfügige Schwankung in New York, bei der Berliner Notierung aber gleich verhältnismäßig eine beträchtliche Höherbewertung ausmacht.

Mark-Notierungen der Berliner Börse vom 21. Oktober 1922.

	vor dem Krieg	20 Okt.	21. Okt.
Holland	1 Gulden	1.85	1725.67
Belgien	1 Franc	0.80	244.78
Italien	1 Lire	0.81	148.62
England	1 Pf. St.	20.43	1570.50
Amerika	1 Dollar	4.20	255.10
Frankreich	1 Franc	0.80	64.33
Schweden	1 Krone	0.81	614.33
Österreich	100 Kronen	85.—	460.25

22. Oktober. Im Preisversteher.
Dollarkurs (10 Uhr vorm.) 4250.00
Frankenkurs (10 Uhr vorm.) 300.00

Der Flieger Lormalene.

(16. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.) Die Härte und die fühlbare Ungerechtigkeit in den Worten des Bruders gab Harold die verlorenen Fassung zurück.

Rein — das ist es nicht, entsagte er ruhiger, als bisher. Sie ist gegen mich gewesen, wie eine Schwester gegen den Bruder. Und gerade das macht mir Angst — Angst, daß Du dich zu ihrem Unglück getäuscht haben könntest. Was mein Schicksal ist, kommt dabei für mich nicht in Frage.

Dein Schicksal? — Nein, darüber wollen wir nicht reden. Es ist ja nicht möglich, daß Du anders davon denkst, als mit der größten Dankbarkeit. Aber ich sage Dir, daß ich mich nicht getäuscht habe. Wenn Sabine sich nicht gegen Dich verhalten hat, wie Du es erwartest, so liegt die Schuld einzig bei Dir — so hast Du es nicht verstanden, ihr Vertrauen völlig zu gewinnen. Und Du solltest Dich viel eher bemühen, das Vertrauen nachzuholen, als daß Du solchen Zweifeln Ausdruck gibst.

Er war in einer leidenschaftlichen Erregung, wie sie Harold noch niemals an ihm wahrgenommen hatte. Und es kam ihm zum Bewußtsein, daß es ja kein obliques Gefunder war, der ihm gegenüberstand — daß er noch immer auf das sorgfältigste geschnitten worden mußte. Die feuerroten Flecke auf den noch höherer gewordenen Wangen mahnten eindringlich genug, und Harold suchte das Gespräch abzugeben, vor dem er sich seit dem Augenblick gefürchtet hatte, da der Bruder zurückgekehrt war.

Wenn Du sicher bist, Dich nicht getäuscht zu haben, so wollen wir nicht weiter davon sprechen. Und wenn es Dein Wunsch ist, wird Sabine gewiß in eine baldige Bekanntgabe der Verlobung willigen. Gerhard sprach mit der Rechten über die Stirn, als wollte er irgend etwas Dunkles fortwischen. Und er stand auf.

Ja — ich denke, daß sie es tun wird! sagte er kurz und ohne Freundlichkeit. Der aber rief ich, Dich keinen Zweifel mehr hinzugeben, wie Du sie eben ausgesprochen hast. Wie es auch sein mag — Dein Weg ist Dir klar vorgezeichnet, wenn Du ein Ehrenmann bleiben willst.

Er äußerte den Wunsch, für eine Stunde allein zu sein, und sie reichten sich zum Abschied die Hand. Aber es war doch ein Winkeln in der Verlobung genommen, der ihnen beiden gleich fühlbar war. Und Harolds Stirn war düsterer, als er die Treppe zu den Kontorräumen hinabstieg.

Sabine hatte mit den Vorbereitungen für ihre Abreise begonnen, und Sabette lief seit Tagen mit

roten, verweinten Augen in der Wohnung umher, ein fleißiggeordnetes Bild stummer Verzweiflung und ingrimmtigen Mißtrauens gegen die Gerechtigkeit des Weltregiments.

Ihre Jahrzehntelange bewiesene Treue war nicht unbelohnt geblieben. Ein reich bemessenes Vergüt der Präsidentin führte ihr Alter vor jeglicher Sorge um das tägliche Brot, und sogar ein bescheidener Teil der Wohnungs-Ausstattung war ihr für die Einrichtung ihres eigenen Heims vermacht. Aber das alles bedeutete ihr augenblicklich nichts neben dem schweren Kummer der Verlobung, sich auf immer von Liane trennen zu müssen.

Sie würde es ja leichter verwunden haben, wenn eine Verheiratung ihres jungen Lieblings oder sonst ein großer Glücksfall in Lianes Leben diese Trennung notwendig gemacht hätte.

Aber daß dies das hohle, zarte Gefäß, das in ihren Augen um nichts schlechter war, als eine königliche Prinzessin, sich dem trübsteigen und eufangsungslosten aller Verurteilung opfern, daß sie eine in so fortwährend, schwarzen Gewändern einhergehende barmherzige Schwester werden sollte — nein, das ging nicht mehr in ihren alten Kopf.

Sie hatte es nacheinander mit allen Mitteln versucht, die sich dem gelegentlichen Eigensinn ihrer alten Herrin gegenüber als wirksam erwiesen. Sie hatte geschmeichelt und gepölkelt, geschmolzt und getrostet. Aber es war alles vergeblich geblieben. Liane hatte ihr die gleiche stille, innerlichsterlieht entgegengekehrt, an der Sabines herzliche Vorurteile abgeglitten waren, und jetzt hatte Sabette nachgerade die Hoffnung aufgegeben, daß das „Unglück“ noch durch irgend ein Wunder abgewendet werden könnte.

In der Tat hand das entscheidende Ereignis ja schon vor der Tür.

Der Superintendent von Westarp hatte geschrieben, daß er in vier oder fünf Tagen einreisen, die Auflösung des Haushalts bewirken und seine Großnichte mit sich nach Blankenthal nehmen werde. Allerdings hatte auch er sich nicht über die Wachen entzweit gegen ihren Entschluß. Die Zweifel an Lianes Eignung für den hohen und ersten Beruf, denen er vor einer Reihe von Wochen in seinem Briefe an die Präsidentin Ausdruck gegeben, schienen noch immer nicht ganz beseitigt, und er hatte es nicht an eindringlichen Mahnungen zu strenger Selbstprüfung fehlen lassen. Liane fürchtete sich im Falle von seiner Ankunft und vor dem ererbungslosen forschenden Blick der kalten Augen, die sie aus ihren Kinderjahren noch so gut in der Erinnerung hatte.

Aber sie ließ sich auch durch diese Furcht nicht mehr in ihrem einmal gefaßten Entschluß beirren. Schweigsam und ernst richtete sie die wenigen Habfeligkeiten her, deren sie in ihrem neuen Leben bedürfen würde, und durch verdoppelte Güte und Zärtlichkeit gegen die alte Sabette suchte sie den herben Kummer zu lindern, den sie nun einmal der treuen Seele antun mußte.

Sie war eben im Aufsteigen mit dem Nachsehen ihrer Wäsche beschäftigt, als der Klang einer lauten, hellen Frauenstimme, der durch die geschlossene Tür zum Nebengemach an ihr Ohr drang, ihre Hände plötzlich schloß herabsinken und aus den letzten Blutstropfen aus ihren Wangen entweichen ließ.

Rein — Sie brauchen keinen Namen zu nennen, hörte sie die wohlklingende, zwischende Stimme sagen. Es ist auf eine freudige Ueberraschung abgesehen, die ich mir nicht verderben lassen möchte.

Liane griff nach dem Herzen, dessen Schlag sie stutzen fühlte. Aber trotz dieses furchtbaren Glückens wartete sie nicht, bis ihr Sabette den auf eine freudige Ueberraschung berechneten Besuch gemeldet hätte. Sie atmete zweimal tief auf, dann öffnete sie die Verbindungstür und trat in den östlichen Salon, zwischen dessen verbliebenen Prunkstücken das Leben der Präsidentin zur Rüste gegangen war.

Ein wohlbekannter, fester Wohlgeruch schlug ihr entgegen, und mit klingendem Aufschrei eilte das große, schöne Mädchen, von dem dieser berausende Duft ausging, auf sie zu.

Hi — meine Liebe, keine Ill. Welt — es ist mir ausgezeichnet gelungen, Dich zu überumpeln? Sie umschlang die zarte, schwarze Gestalt mit stürmischer Zärtlichkeit. Und sie schien es gar nicht zu bemerken, daß Lianes Arme schlaff und bewegungslos herabhängen, daß ihre Lippen sich zuckend den ihnen zugedachten Küssen entzogen.

Ich hatte allerdings nicht erwartet, Dich hier zu sehen, Liane! — Bitte — willst Du Dich nicht setzen?

Natürlich will ich. — Himmel, was für eine sinnbetörende Pracht aus der Urgroßväter Zeiten! Das ist ja beinahe schon wieder hochmodern. Man sieht doch endlich einmal, aus wie vornehmer Familie man eigentlich ist! — auch wenn man von den lieben Verwandten selbst niemals dazu gerechnet wurde. Du aber — meine Liebe, keine Ill. — wie traurig hast Du Dich verändert! Man sieht, daß ich nicht Deine Beraterin war, als Du Dir diese entsetzliche Trauerfahnen machen ließest. Es ist ja zum Weinen, wie Du Dich darin ausnimmst.

Die Worte sprudelten von ihren Lippen, aber in ihren Augen war Unruhe und Unsicherheit. Trotzdem sie sich hatte setzen wollen, fuhr sie doch fort, im Zimmer umherzugehen und mit scheinbarer Reue die einzelnen Gegenstände zu betrachten.

Und das alles ist nun Dein Eigentum? — Du bist jetzt natürlich eine sehr reiche, junge Dame! Nein, Liane, das bin ich nicht. Und wenn ich es wäre, würde mir wirklich nichts in der Welt gleichgültiger sein, als dies.

Oh! — Oh! — So reden die Blasierten oder die Verliebten. Und Du nicht zu den Blasierten gehörst! —

Ich bin in Trauer, Liane, weil ich die Stiefschwester mit leise bebender Stimme in die Knie. Ich habe mit meiner Großmutter alles verloren, was ich noch an teilnehmender Liebe auf Erden besaß.

Ah, diese engherzige, vernünftige alte Frau! Das ist doch gar nicht Dein Ernst. Und Du bist ein undankbares, kleines Geschöpf. Hast Du denn nicht immer noch mich?

Liane schweig. Und jetzt endlich ließ sich die Sängerin für einen Moment in den Brotstempel fallen. Natürlich bist Du schließlich erlaucht über mei-

nen unangenehmen Besuch. Und Du wirst noch mehr erlaut sein, wenn Du hörst, daß ich konträrbrüchig geworden und meinem lieben Direktor einfach davonlaufen bin, nur um auf unbestimmte Zeit hier zu bleiben.

Hier? wiederholte Liane mit weit geöffneten Augen. Nein, das kann Deine Absicht nicht sein.

Warum denn nicht? Würdest Du mich vielleicht hinauswerfen?

Ich könnte Dir irgendwelche Gastfreundschaft schon deshalb nicht anbieten, weil ich schon nach wenigen Tagen von hier fortgehen werde?

So? Du willst fort? Wohin denn?

Nach Blankenthal — in die Diakonissenanstalt meines Großheims von Westarp.

Liane sah sie an, als zweifle sie an der Ernsthaftigkeit der eben gehörten Worte, dann lachte sie wieder ihr kurzes, zwischendes Lachen, und eine Sekunde später sprang sie auf, um die Stiefschwester aufs neue zu umarmen.

O Du herzige, romantische Mädchen! Hast Du so viel Schreckliches erlebt, daß Du dem fühligen Leben entsagen willst, wie die mit geknicktem Herzen herumhelfende Heldin eines Romans?

Ich will dem Leben nicht entsagen, Liane, sondern ich habe einzig den Wunsch, ihm einen Zweck und einen Inhalt zu geben, der mich befriedigt.

(Fortsetzung folgt.)

Amliche Bekanntmachungen der Stadt Hochheim a. M.

Bekanntmachung. Im Nachstehenden werden die Bestimmungen des Reichsweingegesetzes vom 7. April 1909, soweit sie sich auf die Anzeige der Abfuhr Traubenmoische, Most oder Wein zu zutren, sowie auf die Herstellung von Hausstrunk beziehen, bekannt gegeben mit dem Bemerkten, daß die vorgeschriebenen Anzeigen bei dem Gemeindevorstand (Magistrat) schriftlich zu machen sind.

§ 3. Dem aus inländischen Trauben gewonnenen Traubenmost oder Wein, bei Herstellung von Rotwein auch der vollen Traubenmoische, darf Jucker, auch in reinem Wasser gelöst, zugesetzt werden, um einem natürlichen Mangel an Jucker bezw. Alkohol oder einem Uebermaß an Säure insofern abzuheben, als es der Beschaffenheit der der aus Trauben gleicher Art und Herkunft in guten Jahrgängen ohne Zusatz gewonnenen Erzeugnisse entspricht.

Der Zusatz an Juckerwasser darf jedoch in keinem Falle mehr als ein Fünftel der gesamten Flüssigkeit betragen.

Die Juckerung darf nur in der Zeit vom Beginn der Weinernte bis zum 31. Dezember des Jahres vorgenommen werden; sie darf in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember der umgekehrten Weinen früherer Jahrgänge nachgeholt werden.

Die Juckerung darf nur innerhalb der am Weinbau beteiligten Gebiete des Reiches vorgenommen werden.

Die Abfuhr, Traubenmoische, Most oder Wein zu zutren, ist der zuständigen Behörde anzuzeigen.

§ 11. Abs. 3 und 4. Wer Wein geweremäßig in Verkehr bringt, ist verpflichtet, der zuständigen Behörde die Herstellung von Hausstrunk unter Angabe der herzustellenden Menge und der zur Verarbeitung bestimmten Stoffe anzuzeigen.

Die Herstellung kann durch Anordnung der zuständigen Behörde beschränkt oder unter befondere Aufsicht gestellt werden.

Die als Hauptstrunk hergestellten Getränke dürfen nur im eigenen Haushalte des Herstellers verwendet oder ohne befondere Erlaubnis an die in seinem Betriebe beschäftigten Personen zum eigenen Verbrauch abgegeben werden. Bei Auflösung des Haushalts oder Aufgabe des Betriebs kann die zuständige Behörde die Veräußerung des etwa vorhandenen Vorrats von Hausstrunk gestatten.

§ 29. Mit Geldstrafe bis zu 600 Mark oder mit Haft bis zu 6 Wochen wird bestraft:

2. Wer vorläufig die nach § 3 Abs. 4 und nach § 11 Abs. 3 vorgeschriebene Anzeige nicht erstattet oder den auf Grund des § 11 Abs. 3 erlassenen Anordnungen zuwiderhandelt.

Nach dem Erlasse des Herrn Ministers für Volkswohlfahrt vom 30. 7. 20 sind in der Buchführung einige Erleichterungen dadurch geschaffen, daß a) Schankwirte, Lebensmittelhändler, Krämer und sonstige Kleinveräußerer von Wein, an Stelle des Weinbuchs noch Muster 7 die nach dem Weinsteuergebot zu führenden Bücher nach Muster 12 und 13 verwenden dürfen, wenn in Spalte Bemerkungen des Weinsteuerbuchs ein Vermerk darüber aufgenommen wird, ob der dort gebuchte Wein geäußert ist oder nicht.

b) Die ordnungsmäßige Führung des Weinsteuerbuchs nach Muster 12 und 13 und gleichzeitig des Kellerbuchs nach Muster 11 oder 12 des Weinsteuerbuchs 11 entbehrlich macht, jedoch Betriebe, die Zucker zusetzen, nicht von der Pflicht zur Buchführung nach Muster 6 befreit.

Hochheim a. M., den 20. Oktober 1922.
Die Polizeiverwaltung. Arzbacher.

Bekanntmachung. Die Mutterberatungsstunde wird am Mittwoch, den 23. Oktober d. J., nachmittags 3 1/2 Uhr in der Schule abgehalten.

Hochheim a. M., den 20. Oktober 1922.
Der Bürgermeister. Arzbacher.

Bekanntmachung. Betr. Dedegbüchern.

Im Anschluß an die Bekanntmachung im Hochheimer Stadtbanner vom Mittwoch, den 18. d. Mts. betr. Reueführung der Dedegbüchern wird nach bekannt gemacht, daß zu der Dedeggebühr für Eindeich mit 130 Mark noch die Lieferung von 15 Pfund Hofer in natura tritt. Die Gesamtgebühr beträgt also, nach dem heutigen Marktpreis des Hofers mit 4000 Mark pro Zentner, zusammen 730 Mark für eine Kuh.

Hochheim a. M., den 20. Oktober 1922.
Der Magistrat. Arzbacher.

Bekanntmachung. Betr. Ziegenversicherung.

Der Bezirksverband des Regierungsbezirks Wiesbaden zu Wiesbaden errichtet neben der auf gesetzlicher Grundlage beruhenden Ziegenversicherung eine seinen ganzen Vermögensbereich umfassende auf Gegenseitigkeit beruhende freiwillige Ziegenversicherung.

Die Versicherung wird namens des Bezirksverbandes durch den Landesbauinspektor in Rastau zu Wiesbaden vertreten. Sie hat ihren Sitz und ihren Geschäftssitz in Wiesbaden.

Die Versicherung gewährt Entschädigung für alle über 3 Monate alte Ziegen und Ziegenzuchtstübe im

Falle des Todes oder der Reichsflucht, ohne Rücksicht auf die Todesursache, vorbehaltlich besonderer Bestimmungen.

Der Beitritt zu der errichteten freiwilligen Ziegenversicherung kann nur wärmstens empfohlen werden.

Anträge zum Beitritt in die Versicherung können während der Vormittagsstunden im Ratkassenzimmer Nr. 8, gemacht werden, woselbst auch die näheren Bedingungen ersucht werden können. Hochheim a. M., den 21. Oktober 1922.
Der Bürgermeister. Arzbacher.

Bekanntmachung. Hochheimer Herbstmarkt 1922.

findet am 6. und 7. November statt.

Die Versteigerung der Plätze wird am 27. Oktober vormittags 10 Uhr an Ort und Stelle vorgenommen.

Die Verkaufsstände sind am Freitag, den 3. November vormittags von 8–11 Uhr im Rathaus zu melden und werden nachmittags 1 Uhr abgelegt. Hochheim a. M., den 9. Oktober 1922.
Die Polizeiverwaltung. Arzbacher.

Anzeigenteil.

Zwangsversteigerung.

Zum Zweck der Aufhebung der Gemeinschaft, die in Aufhebung der in Bredenheim belegen, im Grundbuche von Bredenheim, Band 16, Blatt Nr. 618, zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks auf den Namen der

1. Karoline Kauf,
2. Katharina Kauf,
3. Luise Kauf,

alle zu Bredenheim als Miteigentümer je zu einem Drittel eingetragenen Grundstücke: 1. Gemarkung: Bredenheim. Flurbuch: Kartenblatt 19, Parzelle Nr. 402/3 zc. Grundsteuerunterlagenrolle: 886. Gebäuderegisterrolle: 166. Wirtschaftsort und Lage: a) Wohnhaus mit Hofraum und Hausgarten, b) Scheune mit Stall, c) Stallgebäude u. Remise, d) Remise, Gartenstraße 149, Größe 5 ar 16 qm. Gebäudewertungswert: 75 M.

2. Gemarkung: Bredenheim. Flurbuch: Kartenblatt 19, Parzelle Nr. 403/3 zc. Grundsteuerunterlagenrolle: 886. Wirtschaftsort und Lage: Hausgarten, hinter dem großen Garten, Größe: 5 ar 25 qm. besteht, sollen diese Grundstücke am 5. Januar 1923, mittags 4 1/2 Uhr, durch das unterzeichnete Gericht auf dem Bürgermeisterei in Bredenheim versteigert werden.

Der Versteigerungsvermerk ist am 25. September 1922 in das Grundbuche eingetragen. Hochheim a. M., den 14. Oktober 1922.

Amstgericht.

Zur Erhöhung der Dachgelber für das Jahr 1921 lade ich die Pächter zu einer

mündlichen Aussprache

am Donnerstag, 26. Oktober d. J., abends 8 1/2 Uhr in das Rathaus zur Rufe ein.

Hochheim a. M., den 22. Oktober 1922.

August Köbler'sche Güterverwaltung
(über Friedrich'schen Haus Hartmann)

Für die uns anlässlich unserer Vermählung so außerordentlich zahlreich erwiesenen Aufmerksamkeiten danken wir auf diesem Wege herzlichst.

Hochheim a. M., 23. Oktober 1922.

Karl Intra und Frau.

Tapeten

kauft man am besten und billigsten bei

Schulz & Schalles

Wiesbaden Rheinstraße 59
neben der Landesbibliothek

Armen, Freunden und Bekannten die herzlichste Begrüßung, daß es Gott dem Allmächtigen gefallen hat, heute Nacht 2 Uhr nach einer Reihe Jahren, unsere gute Mutter, Großmutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin, Schwägerin und Tante, Frau

Johanne Münt
geb. Bött.

im 82. Lebensjahre zu sich in die Engelswelt abzurufen.

Die trauernden Hinterbliebenen: J. d. R. Peter Jakob Münt.

Hochheim a. M., Heidelberg, Bad Soden i. L. und Schwalbach, 23. Oktober 1922.

Die Beerdigung findet am Dienstag, 24. Okt., mittags 12 Uhr vom Städtischen Totenhaus aus statt.

Klein- Seifen- fabrikation i. Hause

richten wir ein. Dauernde u. höhere Erzeugnisse ohne besondere Mühe und Bemühung nicht nötig. Kostlos. Nach. er. l. m. g.

Chem. Fabrik Heinrich, Zell-Ingelbach.

Oefen

zu finden in der 80. Brennstoffkategorie bestrahlt unter Aufsicht des Hoch. Stadions. Hoch.

Bestellungs- und Verkaufsstelle: Röh. Müller, Paul Götter, Hamburg 30.